



Auf Abstand: Außenminister Sergej Lawrow (links, Mitte) und sein Amtskollege Dmytro Kuleba (rechts, Mitte) sitzen sich im Saal eines Hotels gegenüber.

Fotos: imago/President of Turkey Press Office

# Treffen lässt jegliche Diplomatie vermissen

Ukraine-Krieg | Außenminister der Konflikt-Parteien sprechen in Türkei miteinander / Ergebnisse fallen ernüchternd aus

■ Von Susanne Güsten

Antalya. Ein historischer Moment sollte es werden. In einem holzgetäfelten Hotel-Konferenzraum im südtürkischen Ferienort Belek bei Antalya saßen sich am Donnerstagmorgen erstmals seit Beginn des Krieges in der Ukraine die Außenminister der Konfliktparteien gegenüber. Der russische Ressortchef Sergej Lawrow nahm an der einen Seite des hufeisenförmigen Tisches Platz, der ukrainische Minister Dmytro Kuleba auf der anderen Seite. Zwischen ihnen saß der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu als Gastgeber an der Stirnseite vor einer Steward mit dem Motto »Treffen für Diplomatie«. Doch von Diplomatie war keine Rede. Lawrow war zwar mit konkreten Zielen nach Antalya gekommen – doch Schritte zur Beendigung des Krieges waren nicht darunter.

Bleich und deprimiert wirk-

te Kuleba, als er nach den etwa anderthalbstündigen Gesprächen vor die Presse trat. Der russische Minister habe alle Vorschläge abgeblockt, über einen 24-stündigen Waffenstillstand und humanitäre Hilfsmaßnahmen für die Zivilisten in der Ukraine zu reden, sagte der 40-Jährige. Für solche Entscheidungen seien andere Stellen in Russland zuständig, habe Lawrow gesagt. »Ich dachte, Außenminister hätten ein Mandat für Verhandlungen«, fügte Kuleba hinzu. Doch in Russland herrschten offensichtlich andere Vorstellungen über die Aufgaben eines Außenministers.

Der Gastgeber Cavusoglu hatte vor dem Treffen gesagt, er hoffe auf einen »Wendepunkt« für den Krieg. Doch in Antalya gab es keinen Handschlag der russischen und ukrainischen Politiker, keine gemeinsame Pressekonferenz und keine Beschlüsse. Nicht einmal Zusagen für eine Fort-

setzung der Verhandlungen konnte Cavusoglu herausbringen. Der türkische Außenminister tröstete sich mit der Beobachtung, das Treffen sei »zivilisiert« gewesen. Niemand sei laut geworden.

**Lawrow behauptet nach zwei Wochen Krieg, es gebe keine russische Invasion**

Kuleba gewann in der Sitzung nach eigenen Worten den Eindruck, dass Russland seine Kriegsziele weiterverfolgen will, koste es, was es wolle. Er habe Lawrow vorgeschlagen, sofort humanitäre Korridore für Zivilisten einzurichten, doch der russische Minister sei darauf nicht eingegangen. Es sei auch nicht gelungen, humanitäre Korridore für die Stadt Mariupol zu vereinbaren, sagte Kuleba.

Lawrows eigener Auftritt vor der Presse bestätigte Kule-

bas Schilderung. Verhandelt werde nicht in Antalya, sondern in den Gesprächsrunden zwischen Ukrainern und Russen in Belarus, sagte er mehrmals. Dazu gebe es keine Alternative. Deshalb sei in Antalya auch nicht über eine Waffenruhe geredet worden. Russland wolle »keine Parallel-Verhandlungen« zu den Gesprächen in Belarus. Zwar verschleiße sich Moskau niemals dem Gedankenaustausch, sagte Lawrow. Auch ein Treffen von Kremlchef Wladimir Putin und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sei möglich. Aber die ukrainische Seite wolle lediglich »Gespräche um der Gespräche willen« und Schlagzeilen in der westlichen Presse produzieren.

Dass seine Haltung die Frage aufwerfen würde, warum er nach Antalya gekommen sei, wenn er nicht verhandeln wollte, nahm Lawrow in Kauf. Denn ihm ging es um etwas anderes. Bei seiner Pres-

sekonferenz ließ der russische Minister, ein ausgebuffter Profi mit langer Erfahrung im Krisenmanagement, auffällig viele Fragen westlicher Reporter und auch ukrainischer Journalisten zu: Lawrow wollte in Antalya nicht über den Frieden reden, sondern den russischen Standpunkt unter die Leute bringen.

Und so sprach der 71-Jährige ausführlich über die Bedrohung für Russland, die von der Ukraine ausgehe, von geheimen Labors für die Herstellung ukrainischer Bio-Waffen, von Neonazis in Kiew und von Ränkespielen des Westens, der die Ukraine gegen Russland ausgerichtet habe. Die westlichen Sanktionen? Russland habe schon ganz andere Zeiten überlebt. Lawrow berichtete von »radikalen Gruppen«, die sich mit ihren Waffen in der Entbindungsklinik der ukrainischen Stadt Mariupol verschanzt hätten – russische Truppen hätten die Klinik am Mitt-

woch bombardiert. Keine Frauen und Kinder seien in dem Gebäude gewesen, behauptete er.

Dass der Minister mit seinem Auftritt in Antalya viele Skeptiker von der Rechtmäßigkeit des Moskauer Standpunktes überzeugen konnte, ist unwahrscheinlich. Dazu waren einige seiner Positionen zu bizarr. So behauptete er nach zwei Wochen Krieg, es gebe keine russische Invasion in der Ukraine. Alles, was Russland wolle, sei eine demilitarisierte und neutrale Ukraine ohne »Neonazis«. Sein Land habe der Ukraine konkrete Vorschläge dafür vorgelegt, bisher aber keine Antwort erhalten. »Wir warten.«

Kuleba machte klar, was die Regierung in Kiew davon hält. Moskau verlange die Kapitulation, sagte der ukrainische Minister: »Die Ukraine hat nicht kapituliert, kapituliert nicht und wird nicht kapitulieren.«

► Leitartikel

## »Putin ist ein Mann der Hierarchie«

Interview | Autor über den Umgang mit dem Despoten

Freiburg. Der russische Machthaber Wladimir Putin ist das, was Kommunikations-Experten wie der Freiburger Unternehmensberater und Autor Peter Modler einen »vertikalen« Kommunikationstypen nennen: Ein Mann, dem Rang und Anerkennung wichtiger sind als Argumente der Vernunft. Für Modler ist daher klar: Ein Ausweg aus der brandgefährlichen welt-politischen Lage kann nur gelingen, wenn es die westliche Welt irgendwie hinkommt, Putin eine Rückkehr in den Kreis der führenden Weltpoli-tiker ohne Gesichtverlust zu ermöglichen.

**Herr Modler, hat die westliche Welt im Austausch mit Wladimir Putin alles falsch gemacht und somit den Krieg in der Ukraine begünstigt?**

Alles würde ich nicht sagen, aber es gab Fehler, ja. Die deutsche Politik hat sich in den vergangenen Jahren auf einen sogenannten horizontalen Politikstil beschränkt, der darauf aus war, vor allem Wege des argumentativen Kompromisses zu beschreiten. Man hat ja bei Angela Merkel immer beobachten können,

wie ungern sie das ganze »Tschinglerassa« bei Staatsbesuchen mitgemacht hat. Sie hat lieber hinter den Kulissen Lösungen ausgehandelt, die sie für vernünftig hielt. Man hat zum Beispiel in Deutschland geglaubt, den Militarismus zu schwächen, indem man Handel trieb und kulturelle Austauschprogramme

Im Gespräch mit



Peter Modler

aufgelegt hat. Das stellt sich nun als schwerwiegender Trugschluss heraus. Denn Putin ist ein Mann der Hierarchie, dem Anerkennung seiner Funktion und der passende Pomp sehr wichtig sind. Als Barack Obama 2014 öffentlich Putins Russland nur noch den Charakter einer Lokalmacht zugebilligt hat, war das aus Putins Sicht sicher unverzeihlich. Das musste sich irgendwann rächen.

**Kann man diese verfahrenere Situation irgendwie richten?**

Das wird dauern, wenn Putin nicht die symbolische Anerkennung erfährt, die ihm seiner Ansicht nach zusteht. Ihm sind die tatsächlichen Kosten seines Kriegs egal. Ihm dürfte viel wichtiger sein, dass er ohne Gesichtverlust wieder als Führer einer Weltmacht auf die politische Weltbühne zurückkehren kann. Auch wenn faktisch das Bruttosozialprodukt Russlands nur so groß wie das Italiens ist. Und auch wenn der Westen das noch so blöd findet.

**Das ist schwer vorstellbar. Die einhellige Meinung ist eher: Putin muss weg.**

Zunächst ist das Spekulation. Aber Putin hat ja ein System um sich herum erschaffen, das Protest kaum zulässt. Noch kontrolliert er die öffentliche Meinung in seinem Land. Die tapferen russischen Demonstranten sind sehr wenige im Vergleich zur Bevölkerung. Es hat jedenfalls keinen Sinn, gegenüber Putin nur mit Sachlogik zu kommen.

■ Das Gespräch führte Ralf Deckert.

## Wird Schröder jetzt vermitteln?

Gespräch | Niemand im politischen Berlin ist informiert worden

Berlin. Altkanzler Gerhard Schröder soll sich in Moskau befinden und womöglich im Ukraine-Russland-Krieg vermitteln. Die Bundesregierung hat nach eigenen Angaben keine Kenntnis von einem angeblichen Treffen des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit Schröder in Moskau. Aus Regierungskreisen war zu erfahren, dass Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und seine Regierung nicht über einen solchen Besuch informiert worden waren.

Das Nachrichtenportal »Politico« hatte zuvor berichtet, Schröder sei im Zuge eines Vermittlungsversuchs in Moskau, um Putin zu treffen. Eine Bestätigung dafür gab es zunächst nicht. Vorbereitet wurde dieses Treffen offenbar seit Anfang der Woche in Istanbul, wollen »Politico« und »Bild« erfahren haben: Ukrainische Delegierte haben Schröder demnach um einen Besuch im Kreml gebeten. Schröder habe Putins Büro angerufen und »binnen zehn Minuten« eine Zusage erhalten, ist bei »Bild« zu lesen. Er sei aber gebeten worden, in Istanbul zu warten, bis eine Maschine ihn und seine Ehefrau am Mittwoch abholte.

Der ukrainische Botschafter in Deutschland hat nach eigenen Angaben keine Kenntnis von einem angeblichen Vermittlungsversuch Schröders. Ihm sei nichts von einer Reise Schröders nach Moskau bekannt, sagte Botschafter Andrij Melnyk am Donnerstagabend. »Ich kann mir schwer vorstellen, dass meine Regierung Schröder darum gebeten hat«, sagte Melnyk.

Der Botschafter hatte einen Vermittlungsversuch Schröders allerdings vor einer Woche in einem Interview befürwortet. »Er ist einer der wenigen hier in Deutschland, die womöglich noch einen direkten Draht zu Herrn Putin haben. Es gibt keinen, der so et-

was hat in Deutschland und den anderen europäischen Ländern«, sagte Melnyk der »Bild«.

Der Ex-Kanzler gilt als langjähriger Freund Putins, der am 24. Februar einen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat. Wegen seiner Verbindungen nach Moskau steht Schröder seit Langem in der Kritik, vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs gab es zunehmend Druck wegen seines Festhaltens an Geschäftsbeziehungen zu Russland. Konkret geht es um Posten bei den Erdgas-Pipeline-Unternehmen Nord Stream 1 und 2 sowie beim russischen Ölkonzern Rosneft, wo er Aufsichtsratschef ist.



Altkanzler Gerhard Schröder

Foto: Soeder